

19. Juni 2021 – MDE 13/4314/2021

Iran: Die Präsidentschaft von Ebrahim Raisi ist eine finstere Erinnerung an die bestehende Straflosigkeit!

Die heutige Ankündigung, dass Ebrahim Raisi die Präsidentschaft im Iran annehmen will, ist eine makabre Erinnerung an das Scheitern der Staaten die systematische Straflosigkeit im Iran in genügender Weise anzusprechen. Schließlich wird Raisi wegen Taten gesucht, die nach internationalem Recht strafbar sind, sagte Amnesty International heute. Die Präsidentschaftswahl im Iran fand am 18. Juni 2021 statt. Einen Tag später wurde Ebrahim Raisi zum Präsidenten ausgerufen.

In einem Bericht von 2018, in dem begangene und anhaltende Straftaten in Bezug auf die Gefängnismassaker 1988 gegen die Menschlichkeit berichtet wurden, bezeichnete Amnesty International Ebrahim Raisi als ein Mitglied der sog. „Todeskommission“, die Verschwinden von Menschen und außergerichtlich Hinrichtungen veranlasste. Betroffen waren tausende politische Oppositionelle zwischen Juli und September 1988 im Evin und Gohardasht Gefängnis in der Nähe von Teheran. Die Leichnamen wurden meist unbezeichnet in Massengräbern beigesetzt. Amnesty International forderte, dass Raisi wegen der Straftaten Mord, Verschwinden unter Zwangsanwendung und Folter in Übereinstimmung mit den internationalen Gesetzen und Standards verhört werden soll.

Seit Raisi zum Chef des Justizwesens ernannt wurde, war er auch für erzwungene Inhaftierungen tausender friedlicher Demonstranten, Oppositioneller, Menschenrechtler und Angehörige von Minderheiten verantwortlich. Mit seiner Billigung hatte die Justiz Beamten Straflosigkeit garantiert, ebenso den Sicherheitskräften, als sie hunderte Männer, Frauen und Kinder ohne Gerichtsverfahren töteten. Sie veranlassten auch Massenarrestierungen und Verschwinden unter Zwang. Mindestens hundert Menschen sind so verschwunden, es wurde in der Zeit nach dem Protesten 2019 vermehrt gefoltert und misshandelt.

Nach dem internationalem Recht und seinen Standards sind öffentliche Bedienstete, die verantwortlich für Verletzungen der Menschenrechte sind, nicht weiterhin in öffentlichen Einrichtungen anzustellen. Die UN hat Prinzipien aufgestellt zum Schutz und zur Förderung der Menschenrechte durch Bekämpfung der Straflosigkeit. Bei den staatlichen Bediensteten, bei denen eine Verwicklung in Straftaten nachgewiesen wurde, müssen wie Kriminelle verfolgt werden. Bei genügendem Verdacht oder ausreichenden Beweisen sind sie einem Strafverfahren zu unterziehen und von Ihrem Arbeitsbereich während des Verfahrens zu entfernen.

Das System Straflosigkeit ist im Iran üblich. Es erlaubt Personen, die für Straftaten und Menschenrechtsverletzungen verantwortlich sind, an der Justiz vorbei in einflussreiche Ämter und Machtpositionen zu kommen. Das hat nicht nur eine verheerende Auswirkung auf die Opfer und ihre Familien, sondern es unterhöhlt die Normen. Es erleichtert so eine Wiederholung von Straftaten, strafbar nach internationalem Recht. So sind Menschenrechtsverletzungen im Iran weit verbreitet und werden systematisch angewandt.

Es ist längst überfällig, dass die Mitglieder des UN-Menschenrechtsrates konkrete Schritte unternehmen, um die Straflosigkeit nach internationalem Recht im Iran zu beenden. Dazu gehört die Einrichtung einer unparteiischen und unabhängigen Kommission, die die Beweise

AMNESTY INTERNATIONAL

ÖFFENTLICHE ERKLÄRUNG

sichtet und analysiert. So könnten in Zukunft entsprechende Verfahren im Iran durchgeführt werden.

Straftaten nach dem internationalen Recht und Verletzungen der Menschenrechte

Im Alter von 20 Jahren wurde Ebrahim Raisi im Jahr 1980 Generalstaatsanwalt von Karaj. Zwischen 1981 und 1988 war er dann erster Staatsanwalt von Hamadan und anschließend stellvertretender Ankläger in Teheran. Zwischen 1989 und 1994 war Raisi Staatsanwalt in Teheran und von 2004 bis 2014 war er Stellvertreter des Chefs des Justizwesens und von 2014 bis 2016 Generalstaatsanwalt vom Iran. Von 2019 an Chef des Justizwesens.

In diesen vier Jahrzehnten war die iranische Justiz maßgeblich an Verletzungen der Menschenrechte und an Straftaten nach dem internationalen Recht beteiligt. Zehntausende wurden Opfer schwerer Verletzungen der Menschenrechte, darunter willkürliche Haft, erzwungenes Verschwinden, Folter und weitere Misshandlungen, grob unfaire Verfahren, Bestrafungen, die der Folter gleichzusetzen sind, Auspeitschungen, Amputationen, Steinigungen und Hinrichtungen ohne Gerichtsverfahren.

Im Iran können Geheimdienstler, Sicherheitskräfte, Staatsanwälte z. B. verhöre durchführen und Personen inhaftieren, sie sind der Justiz unterstellt. Das gilt auch für die Gefängnisse und Verhörtzentren. Als hoher Beamter hatte Ebrahim Raisi die Verantwortung für von seinen Untergebenen begangenen Straftaten. Nach dem internationalen Recht sind diese hohen Beamten verantwortlich für die begangenen Straftaten ihrer Untergebenen. Sie müssen für Vorbeugung sorgen und diejenigen bestrafen, die Straftaten begangen haben.

Benachteiligender Wahlvorgang und weit verbreitete Unterdrückung

Der Zugang von Raisi zur Präsidentschaftswahl folgte einem Wahlverfahren, das an sich diskriminierend ist. Ein großer Teil von politischen Kandidaten werden vom Wächterrath von einer Bewerbung ferngehalten, das geschieht aufgrund ihrer politischen Überzeugung und möglichen fehlenden Unterstützung für die Ziele der Islamischen Republik. Dazu gehört die unbedingte „Treue“ zur religiösen Führerschaft, eine oppositionelle Abweichung von den Prinzipien des Gottesstaates ist ein Ausschlussgrund.

Ausgeschlossen von der Präsidentenwahl sind auch Frauen und Angehörige von Minderheiten, das gilt auch für höhere Staatsämter.

Der Wächterrath besteht aus zwölf Mitgliedern, sechs islamischen Juristen und sechs Anwälten, die die Kandidaten und die Parlamentsgesetze überprüfen, ob sie mit dem Scharia Recht auch übereinstimmen. Die sechs Juristen werden vom Obersten Führer bestimmt, die Anwälte vom Parlament auf Vorschlag des Chef des Justizwesens. In seiner Amtszeit konnte Ebrahim Raisi drei neue Mitglieder des Rates bestimmen. Von den 592 Personen, die sich für die jetzige Präsidentschaft beworben hatten, wurden 585 vom Wächterrath zurückgewiesen.

Der Wahlvorgang im Iran findet in einer Umgebung mit schweren Einschränkungen der Meinungsfreiheit, der Zusammenkunft und der friedlichen Vereinigung statt. Kritische Meinungsäußerungen die Islamische Republik betreffend, werden stets kriminalisiert. Sie führen zu vage formulierten Anklagen, bezogen auf die „nationale Sicherheit“ des Landes.

AMNESTY INTERNATIONAL

ÖFFENTLICHE ERKLÄRUNG

Medien werden zensiert und jedes politische Engagement unterdrückt. So wurden 14 Oppositionelle willkürlich inhaftiert. Sie wurden gefoltert und misshandelt wegen ihrer Unterschriften unter einem offenen Brief am 11. Juni 2019, in dem der Rücktritt des Obersten Führers und eine Änderung der Verfassung gefordert wurde.

Im Mai und im Juni 2021 kündigte Irans Cyber Polizei und Staatsanwälte eine zu gründende, spezielle Einheit an, um so ein günstiges Klima für die Präsidentenwahlen zu schaffen, Störungen sollten geahndet werden. Auch der Aufruf zum Boykott der Wahl oder sonstige Störungen des Ablaufs würden polizeilich verfolgt. Das UN-Menschenrechtskomitee hat ständig wiederholt, dass die Achtung der freien Meinungsäußerung, der Vereinigung und der friedlichen Versammlung grundsätzlich wichtig seien, damit jeder Bürger bei öffentlichen Anliegen mitarbeiten könne. Das gelte auch für das Recht zu wählen und das Recht, gewählt zu werden. Das alles ist garantiert im Artikel 25 des Internationalen Paktes für bürgerliche und politische Rechte, der Iran ist Unterzeichnerstaat dieses Paktes.

Hintergrund der Gefängnismassaker von 1988

Amnesty International stellte 2018 in dem Bericht „Why Iran’s 1988 prison massacres are ongoing crimes against humanity“ fest, zu den Morden von 1988 zusätzlich tausende von Gefangenen gezählt werden müssen, die außergerichtlich und geheim getötet wurden. Noch immer begehen die iranischen Behörden Taten gegen die Menschlichkeit durch Verschwindenlassen von Personen unter Gewaltanwendung, durch sonstige Verfolgung und Misshandlungen. Sie schweigen über das Schicksal der Opfer und über ihren Verbleib. Überlebende und Familien der Opfer der massenhaften Hinrichtungen wird so auf grausame Art die Wahrheit verschwiegen. Sie erhalten keine Gerechtigkeit und keine Wiedergutmachung, wurden jedoch verfolgt, wenn sie die Verantwortlichen finden wollten.

(Werner Kohlhauer: Unautorisierte und leicht gekürzte Übertragung der Koordinationsgruppe Iran. Es gilt das englische Original.)